

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 33	MONTAG, DEN 29. NOVEMBER	1999
Tag	Inhalt	Seite
18. 11. 1999	Verordnung über die Veränderungssperre Bergstedt 22	363
23. 11. 1999	Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet für das Mühlenberger Loch	364

Verordnung über die Veränderungssperre Bergstedt 22

Vom 18. November 1999

Auf Grund von § 14 und § 16 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 27. August 1997 (Bundesgesetzblatt 1997 I Seite 2142, 1998 I Seite 137) in Verbindung mit § 4 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 26. April 1999 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 73), und § 2 Satz 1 Nummer 1 der Verordnung zur Weiterübertragung von bau- und naturschutzrechtlichen Verordnungsermächtigungen vom 23. Juni 1998 mit der Änderung vom 27. April 1999 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1998 Seite 97, 1999 Seite 75) wird verordnet:

Einziges Paragraph

(1) Zur Sicherung der Planung wird eine Veränderungssperre für die in der Anlage durch eine schwarze Linie abgegrenzte Fläche des Bebauungsplan-Entwurfs Bergstedt 22 (Fläche östlich der Rodenbeker Straße, südlich der Rodenbeker Straße (Wohnweg) und nördlich der Bergstedter Kirchenstraße, Bezirk Wandsbek, Ortsteil 524) für zwei Jahre festgesetzt.

(2) Die Veränderungssperre nach Absatz 1 hat zum Inhalt, dass

1. Vorhaben im Sinne des § 29 des Baugesetzbuchs nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen;
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Verände-

rungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.

(3) Es wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Ein Entschädigungsberechtigter kann Entschädigung verlangen, wenn die in § 18 Absatz 1 Satz 1 des Baugesetzbuchs bezeichneten Nachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Das Erlöschen eines Entschädigungsanspruchs richtet sich nach § 18 Absatz 3 des Baugesetzbuchs.
2. Unbeachtlich sind Mängel der Abwägung, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Entschädigungspflichtigen geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Hamburg, den 18. November 1999.

Das Bezirksamt Wandsbek

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über das Landschaftsschutzgebiet für das Mühlenberger Loch**

Vom 23. November 1999

Auf Grund der §§ 15 und 17 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 4. November 1997 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 489, 493), wird verordnet:

§ 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet für das Mühlenberger Loch vom 25. Mai 1982 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 188) wird wie folgt geändert:

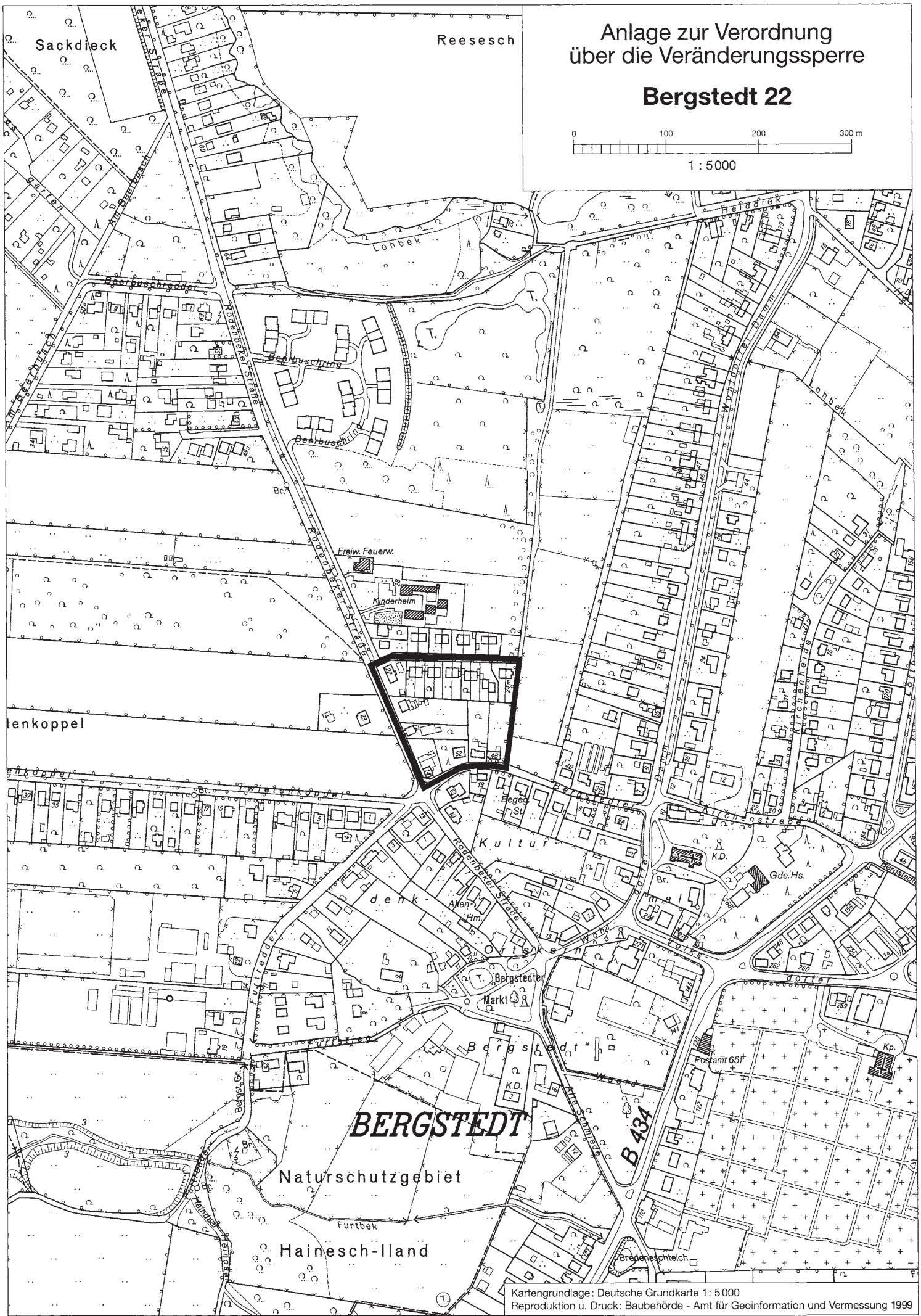
1. Die Verordnung tritt für die in der anliegenden Karte rot eingezeichnete Fläche der Gemarkungen Finkenwerder-Nord, Finkenwerder-Süd und Hasselwerder außer Kraft.
2. § 1 Absatz 3 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt sieben Tage nach Eingang der Stellungnahme der EU-Kommission gemäß § 19 c Absatz 4 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes in Kraft. Der Senat macht den Tag des Inkrafttretens im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 23. November 1999.

Bergstedt 22



Kartengrundlage: Deutsche Grundkarte 1: 5 000
Reproduktion u. Druck: Baubehörde - Amt für Geoinformation und Vermessung 1999

